Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 13,50 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 5gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 21. | Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Wiedereintritt der Demokraten

Ein demokratischer Antrag zur Regierungsumbildung

Berlin, 28. Januar. Der Tag berichtet: Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, der Abgeordnete Dr. **Petersen**, hat sich an den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses, Dr. **Spahn**, mit dem Antrag gewendet, **die demokratische Fraktion wieder mit voller Gleichberechtigung zu den interfraktionellen Besprechungen zuzulassen. Damit ist die demokratische Fraktion wieder offiziell Regierungspartei geworden.** Weiterhin rechnen die Demokraten damit, daß die Regierung **entsprechend den Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei eine Aenderung in der Besetzung des Reichsverkehrs- und des Reichspostministeriums eintreten läßt.** Sie glaubt, daß sich daraus von selbst **eine Umgestaltung der jetzigen Regierung zur großen Koalition** ergeben wird. Für den Fall, daß die Deutsche Volkspartei eine diesbezügliche Aenderung billigen sollte, will sie sich anscheinend auch gegen die Besetzung des Außenministeriums mit Dr. Rathenau aussprechen.

Wird Rathenau Außenminister?

Berlin, 28. Januar. In parlamentarischen Kreisen verlautet erneut mit großer Bestimmtheit, daß der Reichskanzler Dr. Wirth beabsichtigt, Dr. Rathenau zum Minister des Aeußern zu machen.

Berlin, 27. Januar. Im Reichstag gab heute der Abgeordnete Becker, Hessen (D. Vp.) im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung zum Steuerkompromiß ab: Die neuen Steuern, vor allem die Zwangsanleihe, bedeuten eine schwere Last für die deutsche Wirtschaft. Wir haben in den seitherigen Verhandlungen mit voller Klarheit und Schärfe erklärt, daß wir diesem großen Kompromiß nur zustimmen können, wenn wir die Gewähr dafür haben, daß die Erträgnisse der zu beschließenden Maßnahmen sorgfältig verwaltet und einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft im Reiche zugeführt werden. Wir haben deshalb unsre Zustimmung an die Bedingung geknüpft, daß uns **persönliche und sachliche Gewähr** für die richtige Verwendung der Reichseinnahmen und für eine Gesundung der Wirtschaft, ganz besonders der Betriebsverwaltungen, gegeben wird. Ich habe von meiner Fraktion den **ausdrücklichen Auftrag**, nochmals mit aller Schärfe zu erklären, daß wir diese Bedingung unsrer Zustimmung zum Kompromiß für so wesentlich halten, daß wir bei der Verabschiedung der Steuergesetze sowie des Gesetzes über die Zwangsanleihe nur dann für diese Verabschiedung eintreten werden, **wenn uns bis dahin ausreichende Gewähr für die Schaffung geeigneter Sicherheiten gegeben sein wird.** Sollte das nicht der Fall sein oder sollten gar inzwischen Maßnahmen getroffen werden, die den zu treffenden Entschließungen vorgreifen oder sie erschweren, so werden **wir für einen so schwer wiegenden Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben**, wie ihn vor allem die Zwangsanleihe unsrer Auffassung nach darstellt, **die Verantwortung nicht tragen können.**

Die Mittelparteien für Wirth

Deutscher Reichstag

161. Sitzung.

Freitag den 27. Januar, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Wirth und der Reichsminister.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung und widmet der verstorbenen Abgeordneten

Frau Zietz (U. Soz.)

einen warmen Nachruf. Der Präsident führte aus: Ihnen allen ist die schmerzliche Kunde zu Ohren gekommen, daß Frau Abg. Zietz, die gestern an der Stätte ihrer Arbeit in eine schwere Ohnmacht fiel, heute auf ihr Totenlager getragen wurde. Ein Leben voll unermüdlicher, rastloser, zermürbender Arbeit ist erloschen. Frau Abg. Zietz war **eine der ersten deutschen Frauen**, die für die politische **Gleichberechtigung** ihres Geschlechts gekämpft haben. Sie war eine der ersten Frauen, die in die deutschen Parlamente einzogen, und an dem Platze, den sie für die deutschen Frauen miterkämpft hat, ist sie hingesunken. Wir im Plenum kennen sie als temperamentvolle Streiterin, die auch dem heftigsten Meinungskampf nicht auswich und an jeder Fehde sich gern beteiligte. Wer mit ihr in den Kommissionen gearbeitet hat, der weiß, wie fleißig sie war und wie gewissenhaft sie es mit ihren Pflichten nahm. Die Parteifreunde verehren in ihr eine glühende Vorkämpferin für ihre Sache. Wer ihr aber persönlich nähertreten durfte, der weiß, daß hinter dem Harnisch der Kämpferin ein mütterliches, warmes Herz schlug, das auch durch die Härten und die Heftigkeit des Kampfes nie zerstört werden konnte. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Sitzen erhoben haben.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird nun fortgesetzt.

Hermann Müller, Franken (Soz.): Der Reichskanzler hat sich gestern nicht nur aufs neue zur Politik der **Völkerverständigung** bekannt, er hat dieses sein Bekenntnis auch vor allem auf seine religiöse Ueberzeugung und ethische Gesinnung gestützt. Er wies auf den großen Friedenspapst Benedikt XV. hin und erinnerte an die letzte große Rede Lloyd Georges, die auf das bekannte Wort des Evangelisten hinwies: Friede den Menschen auf Erden. Als der Kanzler geendet hatte, trat **Graf Westarp** von den Deutschnationalen auf die Rednertribüne und sprach von „allgemeinen Redensarten" des Kanzlers. Graf Westarp hat damit in einem Anfall subjektiver Wahrheitsliebe zugegeben, daß wahrhaft **christliche Grundsätze** ihm **fremd** sind. Uns überrascht das ja nicht. Wir wissen ja, daß die **brutale Politik der Deutschnationalen** immer auf die **Unterdrückung fremder Völker** hinauslief. Das war schon vor dem Krieg, das war auch während des Krieges der Fall. Wenn Graf Westarp und seine Freunde wirklich so etwas wie christliche Demut besäßen, dann würden sie endlich in sich gehen und nachdenklich werden. Sie haben ja auch schon einmal etwas davon gehört, daß die

Weltgeschichte das Weltgericht

ist. Sie könnten ersehen, daß die Geschichte **gegen Sie entschieden** hat. Graf Westarp will das alles nicht begreifen. Er ist geblieben, was er immer war: ein gewöhnlicher preußischer Junker. Die von uns befürwortete Politik hat dafür gesorgt, den deutschen Boden zu schützen. Die Deutschnationalen wollten es auf die Besetzung des Ruhrgebietes ankommen lassen. (Zuruf des deutschnationalen Abg. Budjuhn: „Es kommt ja doch!" Großer Lärm links. — Abg. Ledebour [U. Soz.]: Das ist das Geständnis Ihrer verbrecherischen Träume! — Unruhe rechts.) Gewiß, es gibt kapitalistische Kreise, die **gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes nichts haben.** Wir haben uns bereit erklärt, **alles** zu tun, um das Ultimatum — nicht zu erfüllen — es ist ja **unerfüllbar** —, aber um **den Versuch der Erfüllung** zu machen. Diesen Versuch haben wir gutgeheißen. Wir wollen wieder gutmachen, soweit das in unsern Kräften steht. Wir wollen auch den **Wiederaufbau Nordfrankreichs.** Wenn es bisher nicht dazu kam, so trifft die **Schuld** dafür nicht die deutsche Regierung, sondern die **französische Regierung.** Hinter dieser französischen Regierung stehen kapitalistische Kreise, die aus **Profitgier das Werk des Wiederaufbaues** und der Genesung **sabotieren.** Die deutschen Arbeiter haben sich jedenfalls in der Frage des Wiederaufbaues Nordfrankreichs stets die größte Mühe gegeben. — Das deutsche Volk steht gewiß vor unlösbaren Aufgaben, aber dennoch muß der Versuch zur Erfüllung gemacht werden. Lloyd George hat einmal das Wort gesprochen: Deutschland soll zahlen, muß zahlen! Für die praktische Politik bedeutet dieses Wort so viel als: Deutschland muß so viel zahlen, als es zahlen kann. Wir haben die Pflicht, alle unsre Kräfte anzuspannen. Nur diese Kraftanspannung ermöglicht uns die Politik der Erfüllung und diese Politik schafft das Vertrauen in der Welt, das nötig ist für uns und nötig ist für den Wiederaufbau Europas. Die Krankheit Europas ist ja bekannt. Nur auf dem Wege des Vertrauens können die Ursachen dieser Krankheit, mangelnde Kaufkraft und Arbeitslosigkeit, hier wie dort beseitigt werden. Die Politik der Erfüllung hat nach Cannes geführt.

Cannes war ein Erfolg.

Wir begrüßen es, daß **Rathenau** sich den schweren Aufgaben unterzogen hat. Wir freuen uns, daß Erfolge zu verzeichnen waren. Diese Erfolge werden nicht verkleinert durch das erbärmliche Gekeife der **Nebenantisemiten.** Liest man die deutschnationale Presse, so findet man fortwährend in ihr den Hinweis auf die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Linienführung in der Außenpolitik. Dieselben Leute aber, die dieses Rezept verschreiben, gingen zu der Zeit, als Rathenau bei der Arbeit war, daran, zu Hause gegen ihn in der schäbigsten Weise vorzugehen. Es sind dieselben Leute, die während des Krieges der flandrischen Küste das Schicksal des Gegebiets bereiten wollten. Es sind dieselben Leute, die heute Revanchepolitik und Irredentapolitik predigen. Wir sind ja sicher, daß die Arbeiter einen **Revanchekrieg verhindern** werden. Die Kräfteverhältnisse sind heute doch anders als früher. Vor einigen Tagen, am 18. Januar, da hieß es in den Kreisen der Deutschnationalen, auf den 9. November werde wieder ein 18. Januar folgen. Sie (nach rechts) werden das nicht erleben. Bei dem Versuch schon werden Sie einen **neuen 9. November erleben**, der dann **nicht mehr so glimpflich** mit Ihnen verfahren wird. — Das Thema der

Reparationen

Die neuen Steuern

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Das Steuerkompromiß zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, ist zustandegekommen. Die **Sozialdemokratie mußte ihm zustimmen**, weil das **Kabinett Wirth**, das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung, aus außen- und innerpolitischen Gründen **erhalten bleiben muß. Wir mußten auch zustimmen, weil die Unabhängigen uns bei unsern Verbesserungsbestrebungen nicht unterstützten und bis zum vorletzten Tag erklärten, obwohl sie laufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wurden, sich erst entscheiden zu können, wenn das Ergebnis eines Kompromisses vorliegt.** Als es dann einigermaßen greifbar vorlag, und in ihm die **Zwangsanleihe** in Höhe von **einer Goldmilliarde** im Mittelpunkt stand, lehnten sie **ohne Debatte das Erreichte als ungenügend** ab. Es war sehr einfach, die Verantwortung abzulehnen; falsch ist es aber, anzunehmen, daß die Möglichkeit bestanden hätte, einen Steuerkompromiß zu machen, der den Stempel beider sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen trug. Dazu wäre keine bürgerliche Partei bereit gewesen und der Erfolg konnte nur sein, daß das Kabinett Wirth beseitigt und ein rechtsgerichtetes an dessen Stelle getreten wäre.

Die **Erfassung der Sachwerte**, die wir seit einem halben Jahr forderten, haben wir aufgeschoben und mußten sie auch nach Ansicht hervorragend tätiger Unabhängigen aufschieben, weil es ein Problem ist, das erst nach sorgfältiger Vermögensprüfung mit gesetzlicher Kraft versehen werden kann. Das Reich **braucht** aber recht schnell große Beträge, denn der innere Etat muß in Ordnung gebracht und der Entente muß noch im Laufe dieser Woche der ernste Wille gezeigt werden, wie es seine harten Verpflichtungen erfüllen will.

Darum mußten wir nach einfacheren Mitteln Ausschau halten, um zu erreichen, daß den Besitzenden ein weithin sichtbares Opfer auferlegt wird. Wir schlugen daher vor, eine **Goldanleihe** in der Höhe einer Milliarde aufzulegen und die Verzinsung und Tilgung den **Vereinigungen von Industrie, Banken, Handel, Landwirtschaft** und den **Kapitalbesitzern** zu übertragen. Der Antrag scheiterte; nicht zuletzt an der Schwierigkeit, schnell die nötigen **Garantieorganisationen** zu schaffen, und weil in den eigenen Kreisen angenommen wurde, daß die neugeschaffenen Steuerorganisationen **politisch gefährliche Machtfaktoren** werden können. So kam nach harten Kämpfen eine Verständigung dahin zustande, daß im Etatsjahr 1922 eine Zwangsanleihe im Werte einer Goldmilliarde (das sind zur Zeit rund 50 Papiermilliarden) aufgelegt werden muß. Die Anleihe wird vorläufig ausgegeben nach der Selbsteinschätzung zum Reichsnotopfer und sie wird endgültig umgelegt, wenn die neue Vermögenssteuereinschätzung zum Abschluß gebracht ist. Der **besondere Erfolg** besteht darin, daß die Anleihe in den nächsten drei Jahren **völlig zinslos** bleibt und daß auch in den späteren Jahren nur ein **Zinsfuß von 2 oder 2½** gegeben wird.

Es ist der Zähigkeit der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß dafür die Zwangsanleihe erreicht worden ist. Der Erfolg wird gewiß dadurch etwas beeinträchtigt, daß die **Nachkriegsgewinnsteuer** fallen gelassen wurde, aber der Ausfall dürfte sich doch nur auf einige **Milliarden Mark** belaufen.

Die **Vermögenssteuer**, die in den nächsten 15 Jahren mit Zuschlägen erhoben werden soll, stellt die Ablösung des Reichsnotopfers dar und dürfte im Gesamtertrag, einschließlich der neuen Zahlungen, die an Reichsnotopfer noch zu leisten sind, erheblich über das Reichsnotopfer kommen. Es ist in den Verhandlungen leider nicht gelungen, den Höchstzuschlag von 300 Prozent festzusetzen. Eine geschlossene bürgerliche Mehrheit hat es hier bei den Teilschlüssen des Reichsrats, nämlich 200 Prozent, belassen. Dagegen ist in den Verhandlungen erreicht, daß der stark abgemilderte Tarif des Ausschusses durch einen günstigeren, auf mittlerer Linie, ersetzt worden ist. Leider mußten wir auch in der Forderung auf Zugrundelegung des **Gemeinwertes** bei der Vermögensermittlung **nachgeben.** Zur Zeit gilt der **Ertragswert** als Maßstab für die Vermögensfestsetzung. Es steht außer Zweifel, daß in der Regel die Vermögen nach dem gemeinen Wert berechnet, weit höher sind.

Aber keine bürgerliche Partei war bereit, unsre Forderungen zu akzeptieren und deshalb mußten wir uns damit abfinden, daß in Zukunft der **nachhaltige Ertragswert**, bei dem die Erträge der letzten drei Jahre mit zu berücksichtigen sind, im Gesetz aufgenommen wird. Da die Vermögensabschätzung aller drei Jahre zu erfolgen hat und die Steuereinschätzungsausschüsse dahin streben werden, die Einkommen und Erträge der Landwirtschaft usw. schärfer zu erfassen, ergibt sich von selbst, daß die Vermögen und damit auch die Vermögenssteuern in die Höhe gehen.

Bei der **Vermögenszuwachssteuer**, die ein Ergebnis erst im Jahre 1926 zeitigen kann, hatte auch der Ausschuß den Tarif stark gemildert. Die Milderung ist aber in den Verhandlungen fast wieder beseitigt.

Die **Körperschaftssteuer**, die bisher 10 v. H. betrug, beträgt nunmehr 20 vom Gesamtgewinn und 15 v. H. des verteilten Reingewinns.

Ein stark umstrittenes Streitobjekt war die **Umsatzsteuer**. Die sozialdemokratische Fraktion bestand mit Nachdruck darauf, daß die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei der Warenvermittlung durch die Genossenschaften ein Besitzwechsel überhaupt nicht erfolgt. Der Ausschuß hat ja auch mit großer Mehrheit einen dahingehenden Antrag angenommen. Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien bestanden aber darauf, daß die **Befreiung der Genossenschaften wieder aufgehoben** wird. Die Regierung verlangte weiter mit Rücksicht darauf, daß in Frankreich eine Umsatzsteuer von 2,2 Prozent beschlossen werden soll, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 2¼ Prozent, und daß auch die Kohlensteuer von 30 auf 40 v. H. erhöht wird.

In den Verhandlungen mußte von uns die Absicht, die Befreiung der Genossenschaften zu erzielen aufgegeben werden. Das Kompromiß durfte daran nicht scheitern. Die Vereinbarung geht nun dahin, die **Umsatzsteuer nur auf 2 Prozent** zu erhöhen und daß die **Kohlensteuer auf 40 v. H.** erhöht wird.

Die **Zuckersteuer**, die in Rücksicht auf die starke Belastung des Zuckers in Frankreich auf 100 M. pro Doppelzentner erhöht werden sollte, ist auf unser Verlangen bis auf 50 M. pro **Doppelzentner** festgesetzt worden. Unsre Forderung wurde in der Hauptsache um deswillen akzeptiert, weil der Zucker im wesentlichen als ein nötiges Nahrungsmittel für Säuglinge in Betracht kommt.

Entgegen dem ursprünglichen Verlangen der Regierung sind an den Steuern für **Zigaretten und Tabak** und an den Zollsätzen für **Kaffee, Kakao und Tee** noch erhebliche Abstriche gemacht und die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates angenommen worden.

Alles in allem genommen darf von dem Steuerkompromiß gesagt werden, daß es eine **günstige Wirkung auf den Wert der deutschen Mark** ausüben muß, und daß **dadurch gerade die arbeitenden Schichten den Vorteil haben müssen**, indem sie nicht noch schärfer unter einer gewaltigen Preissteigerung zu leiden haben. Freilich kann das erst dann der Fall sein, wenn die neuen beträchtlichen Steuern sich volkswirtschaftlich ausgewirkt haben. Viel bedeutender aber dürfte die **Wirkung in außenpolitischer Beziehung** sein, denn die Entente und die ganze Welt darf sich der Ansicht nicht verschließen, daß hier die ernsteste Absicht gezeigt worden ist, sowohl die inneren Bedürfnisse als die äußeren Anforderungen nach Möglichkeit auszugleichen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG